

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/79

25. April 1972

Union sucht Abenteuer

Zum Mißtrauensvotum der CDU/CSU

Von Wolfgang Jansen
Sprecher der Sozialdemokratischen Bundes-
tagsfraktion

Seite 1 und 1a. / 54 Zeilen

Das "Nein" als Selbstzweck

Die Unionsparteien zerstören ihre inter-
nationale Reputation

Von Hermann Dürr MdB
Mitglied des Bundestagsrechtsausschusses

Seite 2 und 3 / 81 Zeilen

Hochrechnungen ergeben Mehrheit für die
Koalition

Also will Dr. Rainer C. Barzel die Macht
erschleichen

Seite 4 und 5 / 70 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 886 848 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Union sucht Abenteuer

Zum Mißtrauensvotum der CDU/CSU

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagfraktion

Seit die Opposition ihr konstruktives Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt angekündigt hat, wuchern im Bundestag die Spekulationen. Man tut gut daran, sich ein paar Fakten ins Gedächtnis zu rufen. Die CDU/CSU verfügt nach wie vor über 246 Mandate, drei weniger, als sie zum Erfolg benötigt. Der frühere FDP-Abgeordnete Helms ist nicht der CDU beigetreten, sondern hat erklärt, er wolle als parteiloser Abgeordneter wirken. Man kann ihn also wohl nicht ohne weiteres der Barzel-Truppe zurechnen. Aber selbst wenn man es täte, sind immer noch zwei weitere Überläufer notwendig. Wenn Barzel sie hätte, würde er sie vorzeigen.

Eine andere Frage ist, warum sich die Unionsparteien überhaupt auf das Abenteuer eines konstruktiven Mißtrauensvotums eingelassen haben. Eine auf Überläufer gestützte Mehrheit, auf Abgeordnete also, die sich als unsichere Kantonisten selbst notorisch gemacht haben, kann so verlockend nicht sein. Vor allem dann nicht, wenn man einmal die Risse im Gefüge der Opposition unter die Lupe nimmt.

Einigkeit in der Opposition ist an sich kein Kunststück. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich die CDU/CSU nicht einmal im "Nein" einig ist. Die Ostverträge will Herr Barzel liegen lassen, Herr Strauss aber ablehnen. Zur Wirtschaftspolitik hat sich die Union bisher beharrlich geweigert, auch nur Andeutungen einer Konzeption erkennen zu lassen. Sie müsste diese schleunig entwickeln und hätte es dabei mit den Gegensätzen zwischen Sozialausschüssen und dem Wirtschaftsrat, zwischen Mittelständlern

und Bauern und manchen anderen noch zu tun.

Strauss hat kürzlich auf einer Pressekonferenz ein rigores Sparprogramm für notwendig erklärt. Die Interessenvertreter aber drängen sich schon jetzt zur Krippe: Mit 1,9 Milliarden Mehrausgaben gegenüber dem jetzt vorliegenden, als angeblich "unsolide" geschmähten Haushalt will die Union schon für 1972 in die Vollen gehen. Bis 1975 hätten ihre schon bisher vorliegenden Anträge allein für den Bund Haushaltsfolgen von über zehn Milliarden DM. Vor Bundestagswahlen aber, wie sie im nächsten Jahr auf uns zukommen, pflegen Unionsabgeordnete zwecks Wahlgeschenken erst recht tief in den Staatssäckel zu greifen. Des internen Streiten wäre kein Ende.

Die sozusagen amtliche Begründung, die Wahlen von Baden-Württemberg hätten gezeigt, dass die Koalition im Volk keine Mehrheit mehr habe, ist völlig falsch. Rechnet man das Landtagswahlergebnis auf die Bundesebene hoch, so ergäbe sich für die Koalition ein Vorsprung von 13 Mandaten. Der Stimmenabstand zwischen den Bonner Koalitionsparteien einerseits und der CDU sowie der NPD, die bei den Landtagswahlen der CDU ihre Stimmen zur Verfügung stellte, ist von 11,1 vH. im Jahre 1969 auf jetzt 6,6 vH. zusammengeschmolzen.

So bleibt für die Aktion nur eine Begründung: Die Union versucht mit allen Mitteln, sich um das in der nächsten Woche fällige Votum um die Ostverträge heranzudrücken und das Berlin-Abkommen "liegen zu lassen". Dies zu erreichen, spielt sie sogar va banque. Und ob es allen Unionsparteilern so ungelegen käme, wenn Kanzlerkandidat Barzel eine Niederlage erleide und möglicherweise doch noch ausgewechselt werden könnte - das ist eine Frage für sich.

(-/ex/25.4.1972/mäu)

+ + +

Das "Nein" als Selbstzweck

Die Unionsparteien zerstören ihre internationale Reputation

Von Hermann Dürr MdB

Mitglied des Bundestagsrechtsausschusses

Das Nein zu den Ostverträgen ist für die Opposition zum Selbstzweck geworden. Da ihr ein sachliches Konzept fehlt, von dem aus sie die Politik der Bundesregierung überzeugend und konsequent kritisieren könnte, ist sie nur zu gern bereit, ihr angediente Munition allein danach zu beurteilen, ob sich mit ihr schießen läßt und nicht danach zu fragen, ob es sich dabei auch um einwandfreie Ware handelt. Sie scheut sich deshalb nicht, sich auf verfälschtes, sinnentstellend montiertes Material eines anonymen Schreiberlings zu stützen. Aber sie vergißt dabei, daß man in der Politik wie im täglichen Leben seinen guten Ruf aufs Spiel setzt, falls man die Hilfe von Leuten nicht verschmäht, die für ihr Handwerk das Tageslicht scheuen müssen. Was soll man also von einer Opposition halten, die großspurig behauptet, bessere Verträge in Moskau und Warschau aushandeln zu können und die gleichzeitig alles tut, um ihre internationale Reputation zu zerstören, die sich als Verhandlungspartner bereits unmöglich gemacht hat, noch ehe auch nur von fern die Chance winkt, daß ihr die Probe aufs Exempel abgefordert wird?

Man kann aus solchem Gebaren nur einen Schluß ziehen: Die Opposition nimmt ihre eigene Position nicht ernst. Sie weiß, daß der Bundestag die Verträge, so wie sie sind, ratifizieren wird, und sie damit nicht zu befürchten braucht am Portepée gepackt zu werden. So glaubt sie denn, ihr Verhalten am taktischen Tagesvorteil, oder was sie dafür hält, ausrichten zu können. Aber sie übersieht dabei, daß dies auf Kosten der eigenen Glaubwürdigkeit geht.

Sie fragt folglich nicht danach, ob ihre Forderungen realistisch sind und wie ihre Haltung auf die internationale Öffentlichkeit

wirkt. Ihr ist es gleichgültig, ob sie sich in Widersprüche verwickelt und ob das, was sie gestern erklärte, vereinbar ist mit dem, was sie heute behauptet. Sich zusätzlich von der Bundesregierung an Hand der Verhandlungsnotizen Fragen beantworten zu lassen, lehnt sie mit der Begründung ab, daß nichts schlimmer sei als ein aus dem Zusammenhang gerissener Satz. Montierte Gesprächsfetzen aus anonymen Quellen genügen ihr aber, um die Regierung der Lüge und Täuschung zu bezichtigen. Der Brief zur deutschen Einheit, mit dem das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung besser gewahrt wird als Adenauer dies in seinen Moskauer Verhandlungen von 1955 vermochte, nimmt sie nicht zur Kenntnis, weil nur das zähle, was im Vertrag selbst stehe. Das hindert sie wiederum nicht, die Einsicht in die Verhandlungsaufzeichnungen mit dem Bemerkten zu fordern, nicht der Vertragstext allein sei letztlich von Belang, vielmehr komme es entscheidend auf die Kenntnis der Vorgespräche an.

Auf der einen Seite erklärte die CDU/CSU, auch sie sei selbstverständlich für den Gewaltverzicht, auf der anderen Seite entristet sie sich darüber, daß dieser Gewaltverzicht - wie im Moskauer Vertrag vorgesehen - auf die bestehenden Grenzen bezogen sein soll. Einerseits gibt sie zu, daß für alle, auch unsere Verbündeten, "die Oder-Neiße-Grenze eine längst endgültige geregelte Frage" sei, auf der anderen Seite tut sie so, als ob mit dem Warschauer Vertrag ein politisches Pfund verschleudert werde, mit dem sich noch glänzend hätte wuchern lassen. Auf der einen Seite hält sie ihr Begehren für realistisch, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen im Text des Moskauer Vertrages zu verankern - was notabene nichts anderes bedeutet, als die Russen auf unser Konzept der Wiedervereinigung vertraglich festzulegen. Auf der anderen Seite wird sie nicht müde, darauf hinzuweisen, daß bei Verhandlungen mit der starken Sowjetunion die schwache Bundesrepublik notwendigerweise den kürzeren ziehen müsse.

Die Opposition weiß, daß die Zeit nicht für unsere Anliegen arbeitet, aber sie rät, weiter zuzuwarten. Sie reklamiert Entspannung und menschliche Erleichterungen im geteilten Deutschland als Ziel ihrer Politik, aber die Wege zu diesen Zielen will sie nicht gehen. Sie sagt selbst, daß der Schlüssel zur deutschen Frage in Moskau liege und tut doch so, als sei er nicht dort, sondern in unserem Besitz. Sie ist sich darüber im klaren, daß unsere westlichen Verbündeten die Politik der Bundesregierung unterstützen, aber sie weigert sich, aus dieser Einsicht Konsequenzen zu ziehen. Sie behauptet, die Amerikaner blieben unsere Freunde, auch wenn die Verträge scheitern sollten - was niemand bestreitet. Aber sie verschweigt wohlweislich, daß es nicht um diese Frage geht, sondern nur darum, ob wir unseren politischen Einfluß im westlichen Bündnissystem behalten oder einbüßen wollen. Auch Formosa hat durch die neue China-Politik Nixons nicht die Freundschaft Amerikas, wohl aber seinen bisherigen politischen Stellenwert verloren.

Die Opposition stört das alles nicht. Sie spekuliert offenbar, um ein Wort Kurt Georg Kiesingers aus der ersten Lesung der Ostverträge aufzugreifen "auf den sehr engen Tageshorizont ihrer Wähler". Auch das ist Politik - wenngleich sehr schlechte.

(-/ex/25.4.1972/ks)

Hochrechnungen ergeben Mehrheit für die Koalition

Also will Dr. Rainer C. Barzel die Macht erschleichen

Der Generalsekretär der CDU, Kraske, hat in der Wahlnacht behauptet, eine Hochrechnung der Baden-Württemberg-Ergebnisse ergebe die absolute Mehrheit der CDU/CSU im Bund. Prof. Kaltefleiter, der Wahlanalytiker der CDU, hat dies schon relativiert und Zahlen genannt, die bei der Stimmenverteilung einen Vorsprung der Koalitionsparteien zeigen.

Die Aussage von Herrn Kraske ist in jedem Fall falsch; auch die Zahlen von Herrn Kaltefleiter sind nach einer Hochrechnung, die ein unabhängiges Institut durchgeführt hat, nicht richtig.

Wenn man die Stimmenveränderungen der Parteien in Baden-Württemberg gegenüber 1969 auf das Bundesgebiet überträgt, dann ergibt sich folgendes Ergebnis für den Bund:

SPD	44	vH.	(1969: 42,7 vH.)
FDP	7	vH.	(1969: 3,7 vH.)
SPD/FDP	51	vH.	(1969: 48,4 vH.)
CDU/CSU	48,4	vH.	(1969: 46,1 vH.)
sonst. Parteien	0,6	vH.	

Der Vorsprung der Koalitionsparteien vor der CDU würde also 2,6 vH. betragen. Die Sitzverteilung im Bundestag wäre dann:

SPD/FDP:	254
CDU/CSU:	242

Diese Hochrechnung geht davon aus, daß auch bei einer Bundestagswahl die NPD zugunsten der CDU verzichten würde. Dies ist wahrscheinlich.

Außer einer Hochrechnung gibt es noch die Möglichkeit, einfach die Ergebnisse der Landtagswahlen zu addieren. Dann ergibt sich folgende Berechnung:

	Bundestags- wahl 1969	Ungerechnete Ergebnisse der Landtagswahlen 1970/71/72	Verände- rungen
SPD	42,7 vH.	42,3 vH.	./o 0,4 vH.
FDP	5,7 vH.	6,3 vH.	+ 0,6 vH.
SPD/FDP	48,4 vH.	48,6 vH.	+ 0,2 vH.
CDU/CSU	46,1 vH.	48,2 vH.	+ 2,1 vH.
NPD	4,3 vH.	2,0 vH.	./o 2,3 vH.
sonst. Parteien	1,1 vH.	1,2 vH.	- 0,1 vH.

Auch nach dieser Berechnung liegen die Koalitionsparteien noch vor der CDU/CSU. Der Unterschied der beiden Methoden ergibt sich daraus, daß in Baden-Württemberg die Koalitionsparteien im Vergleich zu anderen Landtagswahlen überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben.

Insgesamt muß man bei einer Bewertung der zweiten Methode - der reinen Addition der Landtagswahlergebnisse - beachten, daß frühere Regierungsparteien in den Landtagswahlen zwischen der Bundestagswahl regelmäßig über 6 vH. verloren haben. Die SPD/FDP-Koalition hat dagegen noch leicht zugenommen. Die CDU/CSU hat nur 2,1 vH. gewonnen. Dagegen erzielte die frühere Oppositionspartei - die SPD - bei Landtagswahlen zwischen den Bundestagswahlen im Durchschnitt Stimmengewinne von über 5 vH. Dies zeigt die folgende Tabelle ganz eindeutig:

	Regierungs- parteien Anteil in vH.	Verände- rung gegenüber vorherge- hender Wahl	Oppositions- parteien Anteil in vH.	Veränderung gegenüber vorhergehen- der Wahl
	CDU/CSU - FDP		SPD	
Bundestagswahl (BTW) 1957	57,9		32,8	
Landtagswahlen (LTW) 1957-1961	50,3	./o 7,6	37,2	+ 5,4
BTW 1961	58,1	+ 7,8	36,2	./o 1,0
LTW 1961-1965	51,6	./o 6,5	41,2	+ 5,0
BTW 1965	57,1	+ 5,5	39,3	./o 1,9
	SPD + FDP		CDU/CSU	
BTW 1969	48,5		46,1	
LTW 1970-1972	48,6	+ 0,1	48,2	- 2,1

Fazit: Da Dr. Barzel kaum eine Chance hat, über eine Wahl an die Macht zu kommen, muß er sich diese auf andere Weise besorgen.

Albrecht Müller
(-/ex/25.4.1972/ks)